

Inserate  
werden angenommen  
in Bosen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Holl. Ad. Schick, Hoflieferant.  
Gr. Gerber- u. Breiterstr. Ecke,  
Olo. Kisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.  
Verantwortliche Redakteure:  
F. Hachfeld für den politischen  
Theil, A. Boer für den übrigen  
redaktionellen Theil, in Bosen.

Stuttgart-Ausgabe.

# Pöfener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Pöfen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Hud. Mosse, Kaufmann & Vogler A. G.,  
G. L. Paule & Co., Invalidenmarkt.  
Verantwortlich für den  
Inseratenteil:  
J. Hunkel  
in Pöfen.

Nr. 173

Die „Pöfener Zeitung“ erscheint wochenttäglich drei Mal, an den Sonntagen und Feiertagen jedoch nur zwei Mal, an Sonntagen und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Pöfen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. März.

1893

## Deutscher Reichstag.

61. Sitzung vom 8. März, 1 1/2 Uhr.  
Die zweite Beratung des Marine-Etats wird bei dem Extraordinarium (neue Schiffsbauten) fortgesetzt.  
Zum Bau der Kreuzer-Korvette „Kaiserin Augusta“ werden als Schlussrate 1 100 000 Mark gefordert. Auf eine Anfrage des Abg. **Seibien** erklärt

Staatssekretär **Hollmann**, daß auf kaiserlichen Befehl an der beabsichtigten Flotten-Revue im Hafen von Newyork anlässlich der Eröffnung der Chicagoer Welt-Ausstellung theilzunehmen habe die Kreuzer-Korvette „Kaiserin Augusta“, die zu diesem Zweck provisorisch hergerichtet werde, und der Kreuzer „Seeadler“, der zum ersten Male in Dienst komme und im Anschluß an die amerikanische Reise die ostafrikanische Station besetzen werde.

Die zum Bau des Panzerkreuzers „Ersatz Preußen“ als erste Rate ausgemessenen 500 000 M. (die Bauumme ist auf 12400 000 M. veranschlagt) beantragt die Budgetkommission zu streichen, während die Abgg. **Hahn**, von **Rafsim**, v. **Genf**, **Frhr. v. Man-uffel**, **Adernann**, **Udden** **Frhr. v. Tettau**, **Graf von Schlieffen**, **Schwandt**, **Dr. Schier** und **Graf Douglas** die Bewilligung beantragen.

Referent Abg. **Frissen** bemerkt, daß es bei den Schiffsbauten um ein fünftes Panzerkreuzer, zwei Panzerfahrzeuge, eine Kreuzer-Korvette, 2 Kreuzer, 2 Aviso, ein Torpedoboot und eine neue Serie von 8 Torpedobooten sich handle. Von der neuen Flotte von zehn größeren Panzerfahrzeugen, deren Schaffung **Graf v. Caprivi** als damaliger Chef der Marine in Aussicht genommen, seien inzwischen bereits acht theils fertig gestellt, theils im Bau begriffen. In der Kommission seien die neuen Schiffsbauten hauptsächlich deshalb auf Widerstand gestoßen, weil in Folge der technischen Fortschritte in der Konstruktion der Kriegsschiffe die neuen Schiffe bei gleichzeitiger Inangriffnahme bald durch vervollkommnete Schiffe überholt werden würden, und weil die Finanzlage Sparmaßregeln erfordere.

Abg. **Hahn** (konf.) befürwortet Bewilligung der ersten Rate für das Panzerkreuzer „Ersatz Preußen“. Seine Freunde hätten in der Kommission zwar für alle Neubauten gestimmt, wollten sich aber heute auf die Bewilligung des obigen Neubaus beschränken. Es handle sich hier nicht um ein neues Schiff, sondern um einen Ersatz für das schon 1873 vom Stapel gelaufene Panzerkreuzer „Preußen“, welches den heutigen militärischen Ansprüchen an Schlachtschiffe für die hohe See nicht mehr genüge und vielleicht schon in 5 Jahren seuntüchtig sein werde.

Staatssekretär **Hollmann**: Von den 1889/90 bewilligten vier Panzerkreuzern werden „Brandenburg“ und „Wörth“ im Laufe dieses Jahres und „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ und „Weißburg“ im Frühjahr nächsten Jahres wahrscheinlich fertiggestellt sein. An Kreuzern und Avisos ist augenblicklich nichts im Bau. Würden die neuen Schiffsbauten nicht bewilligt, so werde die Bauhätigkeit der Marine im nächsten Jahre ihren Abschluß finden. Werde nichts bewilligt, so würden 1893/94 aus den kaiserlichen bzw. Privatwerften 1867 Arbeiter und 1894/95 3861 Arbeiter weniger beschäftigt werden können, welche Ziffer unter Hinzurechnung der außerhalb der Werften beschäftigten Arbeiter auf über 9000 anwähle. Von den älteren Panzerkreuzern werde das Panzerkreuzer „Preußen“ als unbrauchbar zuerst aus der Flotte der seefähigen Schiffe ausgeschieden, weshalb schon jetzt auf einen Ersatzbau Bedacht zu nehmen sei. Thue man das nicht, so würden sich in einigen Jahren die Ersatzbauten stark häufen, was in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung bedenklich sei.

Reichskanzler **Graf v. Caprivi**: Wir haben immer daran festgehalten, daß wir unsere Marine auf die Defensiv, auf die Vertheidigung organisiren müssen. Wenn aber der Ersatzbau von Schiffen, deren Hinfälligkeit und Abgängigkeit in wenigen Jahren voraussehen ist, aus Sparmaßregeln verzögert wird, dann wird es allerdings zweifelhaft, ob unsere Marine dem Küstenschutz auch gewachsen sein wird. Theilweise kann dieser Küstenschutz allerdings durch das Landheer erfolgen, aber zum Küstenschutz gehört auch der Schutz der Handelsflotte und des Handels gegen feindliche Vorkaden. Wir sind für den Kriegsfall in einer schwierigen Lage. Was bei uns zur See eingeführt wird, muß entweder den Kanal passieren oder nördlich um England herumgeführt werden, und da würde es nicht schwer sein, uns diese Wege durch feindliche Kriegsschiffe zu sperren. Deshalb müssen wir unsere Handelsflotte schützen. Könnten wir im Kriegsfall auf die Einfuhr zur See nicht mehr rechnen, so würde unsere Existenz schwer bedroht sein. Bei unserer heutigen Bevölkerungszahl find wir im Kriege besonders auf die Zufuhr von fremden Getreide angewiesen. Wir können allerdings die Kartoffeln essen, statt sie zu Brennereizwecken zu verwenden, wir können, wenn der Krieg lange dauert, statt Zuckerrüben Getreide bauen; wenn die Ernten nicht allzu schlecht ausfallen, können wir es vielleicht mit Hilfe unseres österreichisch-ungarischen Verbündeten ausbalteten; aber wir dürfen nicht bloß mit günstigen Umständen rechnen. Geseht den Fall, der Kriegsausbruch wird auf deutschen Boden verlegt, dann sind wir nur auf die Erzeugnisse des nicht vom Feinde occupirten deutschen Bodens angewiesen. Wir werden mit der Nothwendigkeit rechnen müssen, unsere Häfen entweder ganz oder wenigstens den einen oder anderen gegen eine feindliche Blockade vertheidigen zu müssen, um so die Einfuhr nicht bloß von Getreide, sondern auch von Kolonialwaaren zu sichern. Ich kann Sie also nur bitten, dem Antrag **Hahn** und Genossen zuzustimmen.

Abg. **Seibien** (natl.) erklärt, daß seine Partei im nächsten Jahre die Kreuzer-Korvette K bewilligen werde, wenn sich bis dahin der Kreuzer I bewährt haben sollte.

Hierauf wird der Antrag **Hahn** gegen Rechte und einige Nationalliberale abgelehnt und der Ersatzbau „Ersatz Preußen“ gestrichen.

Gestrichen werden ferner folgende Positionen: Zum Bau des Panzerfahrzeuges X, 1. Rate, 500 000 M., zum Bau der Kreuzer-Korvette K, 1. Rate, 2 Millionen M., zum Bau des Kreuzers „Ersatz Minne“, 1. Rate, 750 000 M., zum Bau des Avisos „Ersatz Falke“, 1. Rate, 1 200 000 M., zur artilleristischen Ausrüstung der Kreuzer-Korvette K, 1. Rate, 400 000 M. und zum Bau von zwei

großen Trocken docks auf der Kieler Werft, 1. Baurate, 1 500 000 M.

Damit ist das Extraordinarium erledigt. Die Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt. Damit ist der Marine-Etat erledigt. Es folgt ein mündlicher Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission. Durch Beschluß vom 6. Februar d. J. hatte der Reichstag die Einstellung eines gegen den Abgeordneten **Frhr. v. Münch** schwebenden Strafverfahrens beschloffen. Durch Schreiben des Reichskanzlers vom 17. Februar wurde der Reichstag dahin verständigt, daß es sich nicht mehr um ein schwebendes Strafverfahren, sondern um die Strafvollstreckung handle. Die Geschäftsordnungs-Kommission schlägt nun vor, in Folge dieses Schreibens den Beschluß des Reichstages vom 6. Februar für erledigt zu erklären.

Dem gegenüber vertreten die Abgeordneten **Stadthagen** und **Bebel** den Standpunkt, daß auch der Antritt einer Strafbast seitens eines Reichstagsabgeordneten an die Zustimmung des Reichstages gebunden sei. Schon im Interesse seiner Würde dürfe der Reichstag nicht zugeben, daß er den Beschluß vom 6. Februar in Uebereilung gefaßt habe.

Der Abg. **Adernann** und der württembergische Bundesbevollmächtigte **v. Moser** betonten demgegenüber, daß der die Immunität der Abgeordneten behandelnde Art. 31 der Reichsverfassung sich nicht auf die Strafbast beziehe.

Der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission beschließt das Haus ohne Debatte, die verlangte Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des sozialdemokratischen Abg. **Meßger** (Hamburg III) wegen Beleidigung des Senats und der Bürgerchaft in Hamburg für die Dauer der Session nicht zu ertheilen.

Ohne Debatte erledigt das Haus noch die Etats des Rechnungshofs, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichs-Invalidenfonds. Bei dem letzteren Etat wird auf Antrag der Budgetkommission beschloffen, über die Petitionen, betr. die Gewährung bzw. die Nichtgewährung einer Ehrentzusage an die Inhaber des Eisernen Kreuzes von 1870/71 zur Tagesordnung überzugehen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.  
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. (Militäretat.)  
Schluß 1/6 Uhr.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.  
Auf der Tagesordnung steht die dritte Sitzungsberatung.

In der allgemeinen Besprechung bemerkt zuerst Abg. **Frhr. v. Minnigerode-Rositten** (konf.): Ein Defizit von 58 Millionen ist das Kennzeichen dieses Etats. Die wenigen Hunderttausende, die wir gespart haben, bedeuten doch nichts gegenüber den vielen Millionen, die wir bewilligen mußten. Vor allen Dingen werden wir dahin kommen müssen, daß nicht auf den Eisenbahneinnahmen neue Staatsausgaben aufgebaut werden, damit wir nicht zu einer Erhöhung der Schuldenlast gelangen. Wir haben seit 1881/82 zur Bilanzirung unseres Etats an 160 Millionen Anleihen aufnehmen müssen. Wir haben in diesen 10 Jahren für 44 Millionen Staatssebstz verkauft und nur für 7 Millionen Ländereien angekauft. Wir stehen demgemäß heute um 200 Millionen schlechter als vor 10 Jahren. Dazu kommt die zunehmende Verschuldung der Kommunen. Im Reiche ist die Schuld von 280 Millionen auf das Fünffache innerhalb zehn Jahren gewachsen, und wenn das so weiter geht, so kommen wir in den nächsten 10 Jahren auf 3 Milliarden Schulden. Die preussischen Matrikularbeiträge sind in dieser Zeit von 40 Millionen auf 190 Millionen gestiegen. Wohin soll das führen, wenn wir dieses System fortsetzen? Es bleibt nichts anderes übrig, als sich in den Ausgaben zu beschränken. Daneben muß das Reich für neue Steuerquellen sorgen, damit die Anleihenwirtschaft aufhört. Man war in anderen Parteien über uns erstaunt, wie wir im Herbst zu der Frage des Antisemitismus Stellung nahmen, und man war auch erstaunt in den leitenden Kreisen, wie uns ja im Reichstag verkündet wurde, daß man die Agitation mit allen möglichen Mitteln bekämpfen würde. Wir haben dazu den Kopf geschüttelt. Wir wissen, daß vielfach Uebertreibung und Einseitigkeit auf dem Gebiete des Antisemitismus herrscht, aber wir müssen auch anerkennen, daß berechtigte Klagen vorhanden sind, und die berechtigten Forderungen müssen sich die Konservativen zu eigen machen, um die stürmische Bewegung in die richtigen Bahnen zu lenken. (Sehr richtig! rechts.) Die agrarische Bewegung nimmt eine immer größere Schärfe an. Dafür können wir doch aber nichts. Die Handelsverträge haben Erbitterung hervorgerufen. Das Fehlen des russischen Handelsvertrages ist angefeindet worden, aber wir hoffen noch immer auf das Vernünftige. (Hört, hört! links.) Wir sind Tausende von Petitionen gegen den Handelsvertrag zugegangen. Ebenso sind die östlichen Provinzen wegen der Landgemeinbeordnung und der Faltung der Regierung im Volksschulgesetz unzufrieden. Die agrarische Bewegung ist gesund in ihrem Kern. Wenn wir auch eine politische Partei sind, so können wir doch den wirtschaftlichen Bestrebungen des Bundes der Landwirthe unsere Sympathie nicht verbergen. Von leitender Stelle wurde behauptet, man lege dem Lande große Opfer durch die landwirtschaftlichen Schutzölle auf, aber noch niemand hat gesagt, welche Opfer man dem Lande zu Gunsten der Industrie auferlegt. Die Abstimmung über den Antrag **Arndt** hatte eine erdrückende Majorität. Der Freisinn war natürlich gesinnungslos wie immer. Die Parteien, die einen christlichen Staat, eine christliche Obrigkeit und eine christliche Schule verlangen, die die Gemeinchaftlichkeit der Interessen von Industrie und Landwirtschaft anerkennen und beiden die notwendigen Lebensbedingungen gewähren wollen, denen wird die Zukunft gehören und die werden die Paladine des Thrones sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Dr. Brande** (nl.): Die Eisenbahneinnahmen sind nicht schuld an dem schlechten Etat, sondern schuld daran, daß die bedeutende Er-

höhung der Ausgaben, die sich in den letzten zehn Jahren um drei Zehntel vermehrt haben. Zwar haben sich auch unsere Matrikularbeiträge erhöht, aber dem stehen mindestens gleich hohe Ueberweisungen aus den Zöllen und Steuern gegenüber, so daß wir dem Reiche nicht mehr geben, als wir von ihm erhalten. Unsere Finanzlage ist bedingt durch die großen Ausgabe-Erhöhrungen des preussischen Staates für Beamtenzulagegehälter, Pensionen und Dotirung der Elementarschulen. Allerdings begnügen wir den Fehler, daß wir auf zufälligen Ueberflüssen der Eisenbahnen dauernde Ausgaben aufbauten, indem man immer sagte, bei einem Etat von 1800 Millionen Markt käme es auf ein paar Millionen nicht an. Aber man geht falsch, wenn man überhaupt die ganzen 1800 Millionen Markt in Betracht zieht. Man muß davon abziehen die notwendigen Betriebsausgaben, die sich durch entsprechende Einnahmen decken. In diesen 1800 Millionen stecken sämtliche Betriebsausgaben und Ausgaben für die allgemeine Staatsverwaltung. Es wäre wünschenswert, dem Etat einen übersichtlichen Nettobericht des ganzen Etats beizulegen.

Abg. **Rickert** (lf.): Auch ich halte eine solche Ergänzung des Vorberichts für notwendig. Nur eine bewegliche Steuer kann uns zu einem rationalen Finanzsystem führen. Abg. v. **Minnigerode** hat mit einer gewissen Begeisterung und mit melancholischer Stimmung bei seinen Angriffen auf die Regierung gesprochen. Auf die Majorität beim Antrag **Arndt** braucht Herr v. **Minnigerode** nicht so stolz zu sein. Denn er war ja harmlos und selbstverständlich. Ein Nationalliberaler sagte zu uns: Stimmen Sie doch für den Antrag, dann sind die Herren rechts die blamirten. Die ganze Rede des Abg. v. **Minnigerode** richtete sich eigentlich gegen das Finanzsystem des Reiches. Ich würde Herrn v. **Minnigerode** zum Reichstagsabgeordneten vorschlagen. Denn solche Kollegen können wir im Reichstage sehr wohl gebrauchen. Seine Rede war eine Rede gegen die Militärverwaltung. Lassen Sie sich in den Reichstag wählen, und Sie werden uns bereit finden, im Bunde mit Ihnen die Schuldwirtschaft im Reiche zu vermindern. Dort können Sie die Forderung erheben, die Militärvorlage erheblich zu beschränken. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Frage an den Minister richten, ob Vorberhandlungen in Bezug auf die gezielte Regelung der Matrikularbeiträge zwischen Reich und Einzelstaaten im Gange sind. Die clausula Francenstein geben wir ohne entsprechenden Erfolg nicht auf. Die ganze Frage ist gerade mit Rücksicht auf die Militärvorlage sehr wichtig. Herr v. **Minnigerode** hat auch über den Antisemitismus gesprochen, und es kommt mir so vor, als ob er sich heute hätte entschuldigen wollen über die Aufnahme des betreffenden Passus in das Programm seiner Partei. Wie es Ihnen gelungen ist, die antisemitische Bewegung in Ihre Bahn zu lenken, haben die Wahlen in Friedeberg-Arnswalde und Regnitz bewiesen. Die Geister, die Sie riefen, werden Sie nicht mehr los. Auch den Bund der Landwirthe hat Herr v. **Minnigerode** in die Debatte gezogen. Ich traue dem Reichskanzler und seinen Mitarbeiter zu, daß sie das Wort der Handelsverträge, das eine ungeheure Krisis im gesamten wirtschaftlichen Leben abzuwenden soll, fortführen werden. Sehen Sie doch einmal über Ihre enge Scholle hinweg. (Lachen rechts.) Die Erkenntnis über die Matrikularbeiträge der Handelsverträge wird Ihnen erst in Jahren aufgehen, wie Sie auch erst heute in der Frage des Identitätsnachweises mit uns übereinstimmen, während Sie vorher die Aufhebung desselben befürwortet haben. Haben nicht konserpative Abgeordnete wie **Graf Kanitz** die Noth der Landwirtschaft genug beklagt, und doch sind die Handelsverträge mit erdrückender Mehrheit angenommen worden. Unruhe und Unzufriedenheit im Lande ist vorhanden, aber nicht, weil die Handelsverträge über die Köpfe der Landwirtschaft hinweg gemacht worden sind, denn von Tarifverträgen versteht der Bauer nichts, sondern wegen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, wegen der ganzen sozialpolitischen Gesetzgebung überhaupt, an der Sie mit Schuld sind. Davon wollen Sie freilich nichts wissen. (Lachen rechts.) Man verlangt jetzt sogar von den landwirtschaftlichen Vereinen Beiträge für den Bund der Landwirthe, in Marienwerder wurde allerdings der Antrag des Vorstandes des landwirtschaftlichen Vereins, einen jährlichen Beitrag von 15 Mark aus der Vereinskasse zu zahlen, abgelehnt. Ich bitte den Minister, seine Aufmerksamkeit den landwirtschaftlichen Vereinen zuzuwenden. Wohin soll es kommen, wenn die Vorstände der Vereine beantragen, aus allgemeinen Mitteln für einen Verband beizutragen, der einen aggressiv agrarischen Charakter hat und sich gegen den Minister richtet? Dem Reichskanzler sind Sie die Antwort auf die Frage, womit Sie der Noth der Landwirtschaft abhelfen wollen, schuldig geblieben. Mit der Beschränkung der Freizügigkeit werden Sie nichts ausrichten, denn was Sie dem einen Bauern damit nützen, schaden Sie dem andern Bauern. Schon vor Jahren haben die ostpreussischen Abgeordneten vor einem schützöllnerischen Bündnis der Industrie und Landwirtschaft gewarnt. Wirklich hat die Landwirtschaft bei diesem Bündnis Blut lassen müssen. Stellen Sie einen Antrag auf Beseitigung der Industriesölle. Sie werden keine eifrigeren Förderer als uns haben. Noch im Mat 1892 haben konserpative Mitglieder des Reichstages, des Herrenhauses, des Abgeordnetenhauses bei dem Reichskanzler die Aufhebung des Identitätsnachweises verlangt, indem sie nachwiesen, daß der Osten durch die Differentialölle geschädigt werde. Was soll nun die Regierung dazu sagen, wenn jetzt dieselben Herren gegen den russischen Handelsvertrag ankämpfen! Unter diesen Umständen wäre es wirklich besser, wenn wir noch einen absoluten König hätten, der die Begehrlichkeit der Agrarier in ihre Schranken verweisen könnte. Was früher der König gethan hat, müssen jetzt die Landesvertretungen thun. Selbst der verewigte Abg. v. **Wedell**-**Wallton** hat einst vor einseitiger Interessenvertretung gewarnt. Jetzt stehen wir thätig vor der Gefahr, in trasse Interessenvertretung hinauszufinken. Wir werden uns dem entgegenstellen, so lange wir können. Die Zeit der Ernüchterung muß mit Sicherheit eintreten. Herr v. **Minnigerode** sprach von der Zukunft der konserpativen Partei. Sie sind angekommen bei Ahlwardt und Hertwig, das ist Ihre Zukunft! (Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. **Sombart** (nl.): Ich habe alle Whraien unserer Zoll-



politisch durchgemacht. Wer hat früher an die Möglichkeit eines Schutzzolls von 35 Mark pro Tonne gedacht? Von dem Jahre an, wo Fürst Bismarck den Schutzzoll inaugurierte, wurden auch die Herren Agrarier Schutzzöllner. Wir sind genötigt, in eine Prüfung dieser Verhältnisse bei einem Handelsvertrag mit Rußland einzutreten, wenn die übrigen Mitglieder des Volkes einen Nutzen davon haben. Handelsverträge sind ein Bindemittel zwischen den Nationen. Wenn wir Rußland als Freund im Rücken haben, dann wird das Wort des Fürsten Bismarck Wahrheit: Wir Deutsche fürchten Gott, sonst Niemand in der Welt. Aus diesem Grunde trete ich für den russischen Handelsvertrag ein. (Beifall links.)

Abg. **Lamprecht** (konf.): Abg. Ricker hat eine Wahlrede zum Fenster hinaus gehalten. Ich bemerke ihm, daß Abg. v. Wedell stets ein entschlossener Verfechter der Schutzzollpolitik gewesen ist. Der Bund der Landwirthe scheint ihm viele Schmerzen zu machen. Das geht schon daraus hervor, daß die Freisinnigen auch einen Bund machen wollen. (Abgeordnete Ricker: Welchen?) Den Landbund! (Abg. Ricker: Kenne ich nicht.) Von freisinniger Seite, von Bärenleuten wird der Versuch gemacht, auf die Leute, die an der Spitze des Bauernbundes stehen, Schmutz zu werfen. Das ist die beliebte Methode, die von der Seite immer angewandt wird, wenn sie kein anderes Mittel haben. (Sehr richtig! rechts.) Sie versuchen auch, den Groß- und Kleingrundbesitz zu theilen nach dem Grundsatz: Theile und herrsche! Wir stehen alle fest zusammen, weil unsere Interessen gemeinsam sind. Die deutschen Bauern werden den deutschen Boden verteidigen, wie es einem deutschen Bauer zukommt. (Lebhafter Beifall rechts.) Damit schließt die allgemeine Erörterung.

Beim Domänenrat bittet Abg. **Conrad** (Bis; Str.) den Minister, daß er im nächsten Jahre ein neues Wildschadengezet vorlege.

Abg. **Ricker** (Bis.): Aus der Rede des Abg. Conrad sehen Sie, daß es verschiedene Punkte giebt, wo Sie (rechts) die Interessen des Bauernstandes nicht vertreten haben. Wenn es sich um die Rechte der Bauern handelt, dann sind Sie nicht zu Hause. Sie rühmen die Interessengemeinschaft zwischen Großgrundbesitz und Bauern. Wer hat Sie in Kleinigkeit aus dem Felde geschlagen? Die Bauern sind es gewesen; denn 80 Proz. der Wähler sind ländlich. Die Geschichte vom „Landbund“ ist mir neu. Wir sind aber gewöhnt, daß Sie (rechts) an Einbildungen leiden. (Lachen rechts.)

Beim „Etat der direkten Steuern“ spricht Abg. **Frhr. v. Cotta** (konf.) den Wunsch aus, daß für Gebäudeabnutzung bei der Deklaration ein größerer Prozentsatz von steuerbaren Einkommen abgezogen werden dürfe als bisher.

Finanzminister **Dr. Miquel** erwidert, daß die Hausbesitzer jetzt schon günstiger gestellt seien als früher, sagt aber eine erneute Prüfung der Abzugsquoten zu.

Abg. **Schena** (Bis.) führt Beschwerde über die Doppelbesteuerung der Genossenschaften.

Minister **Miquel**: Wenn dieselben Voraussetzungen vorliegen, werden die Genossenschaften in Bezug auf die Fristbestimmung genau so behandelt wie die Aktiengesellschaften.

Abg. **Fester** (nl.) beklagt, daß kranke Leute, welche in Lebensversicherungen nicht aufgenommen würden, bei der Besteuerung zu kurz kämen, da doch sonst der Betrag der Versicherung von dem steuerbaren Einkommen abgezogen werde.

Beim Etat der indirekten Steuern flagt

Abg. **Schmitz** (Erfelenz; Zentr.) über die Art und Weise der Veranlagung zur Erbschaftsteuer. Davon werde besonders die Landwirtschaft des Westens hart getroffen. Obgleich der Verkaufswert der Grundstücke nur auf das 25–30fache des Katastralreinertrages geschätzt werde, werde die Erbschaftsteuer nie unter dem 40fachen des Katastralreinertrages bemessen. Die Ueberschätzung bei Häusern komme daher, daß die Feuerversicherungspolize als maßgebend für die Veranlagung betrachtet werde. Die Absicht zu defraudiren sei auf dem Lande sehr gering. Man möge die ländlichen Verhältnisse nicht aus der Vogelschau der großen Städte betrachten.

Minister **Miquel** erwidert, daß nach seiner Anweisung der Veranlagung der gemeine Werth zu Grunde gelegt werde. Bis auf den Beweis des Gegentheils müsse er annehmen, daß die ländlichen Verhältnisse genügend berücksichtigt würden.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung bringt

Abg. **Dr. Krause** (nl.) nochmals die Frage der Verwendung eiserner Schwellen zur Sprache. Es dürfe nicht einseitig vorgegangen werden, sondern es müßte auf die verschiedenen Gegenden Rücksicht genommen werden. Speziell die ostpreussische Waldwirtschaft würde, falls dort auch eiserne Schwellen verwandt werden sollten, sehr schwer leiden.

Minister **Thielen**: Von einer vollständigen Ausschließung der Holzschwellen kann nicht die Rede sein. In den östlichen Landestheilen sollen nach wie vor die Holzschwellen zur Verwendung kommen, in den westlichen Gegenden die eisernen Schwellen.

Abg. **Dr. Graf-Eberfeld** (nl.) macht auf die unregelmäßige Geizung der Wagen aufmerksam.

Abg. **Goldschmidt** (Bis.) befürwortet die Ertheilung von Unterstützung an einige Berliner Eisenbahnarbeiter, denen die Unterstützung entzogen sei. Er bitte um die Mittheilung der allgemeinen Grundsätze, nach denen bei der Vertheilung der Unterstützung vorgegangen werde.

Minister **Thielen**: Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und nach dem Bedürfnis werden Unterstützungen ertheilt.

Beim Etat der auswärtigen Angelegenheiten spricht

Abg. **Dr. Arendt** (fr.) sein Bedauern über das Nichterscheinen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten aus. Dadurch sei er auch heute verhindert, sich mit ihm wegen seiner Reichstagsrede auseinanderzusetzen. Da der Minister, welcher in dieser Tagung überhaupt nicht den Sitzungen beigewohnt habe, doch die Berichte lesen werde, wolle er ihm bemerken, daß es im englischen Parlament bereits eine Mehrheit für die Doppelwährung gebe. Nur um nicht das Ministerium zu Falle zu bringen, habe man von Abschaffung der Goldwährung abgesehen.

Abg. **v. Guern** (nl.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß Abg. Arendt aus jeder Niederlage des Bimetallismus neue Hoffnung schöpfe.

Beim Etat des Handelsministeriums taucht

Abg. **Goldschmidt** (Bis.), daß der Berliner Gastwirthsinnung Vorrechte auf Grund der Reichsgewerbeordnung ertheilt seien. Die Innungsmittelglieder müßten 450 M. für die Innung zahlen. Dabei seien die freien Vereinigungen, in denen die Mehrzahl der Gastwirths Mitglieder seien, nicht berücksichtigt. Auch mit ihrem Stellennachweis erreichten die Innungen nicht so viel, wie die freien Vereine.

Minister **Frhr. v. Berlepsch**: Von den 682 Gastwirthen, welche Innungsmittelglieder sind, haben sich 292 gegen die Heranziehung zu den Kosten erklärt, 390 dafür. Das Polizeipräsidium hat die Frage, ob es zweckmäßig ist, daß die Innungsmittelglieder zu den Kosten der Innungen beitragen, bejaht. Hoffentlich wird es gelingen, eine Vereinbarung zwischen Innungen und Innungsmittelgliedern herzustellen.

Abg. **Cahen** (Zentrum) bringt den Erlaß des Handelsministers bezüglich der Sonntagsruhe zur Sprache, durch welchen die Handelsgeschäfte ganz bedeutend geschädigt seien. Der Erlaß habe in Geschäftskreisen wie im Publikum große Erbitterung erregt. Die Geschäftsstunden müßten bis 4 Uhr ausgedehnt werden. Alsdann hätten die Angestellten noch genügend Zeit zur

Erholung. Noch besser wäre es, wenn den einzelnen Kreisen und Kommunen die Festsetzung der Geschäftsstunden überlassen würde.

Abg. **Frhr. v. Joditz** (fr.) führt aus, daß der Erlaß Nachtheile gehabt habe, die nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen hätten. Man habe zu sehr von oben herab, zu schematisch dekretirt. Die Regierung möge Gebrauch von der Bestimmung machen, daß die Sonntagsruhe örtlich festgestellt und den örtlichen Bedürfnissen angepaßt werde.

Minister **Frhr. v. Berlepsch**: Die Gemeinden sind bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie das Recht haben, die Sonntagsruhe ordnungsgemäß festzusetzen. Allerdings ist zugleich betont worden, daß die Verwaltung darauf achten werde, daß die späten Nachmittagsstunden frei gelassen werden. Eine solche Bestimmung war deshalb notwendig, weil manchmal die Reinigung bestand, die Geschäftsstunden auf 7–8 Morgens, 11–1 Mittags und 6–8 Uhr Abends zu legen. Die Absicht des Gesetzes ist jedenfalls die gewesen, den Sonntagnachmittag den Handelsgeschäften frei zu halten. Mir wäre es ganz recht, wenn der Sonntagsvormittag frei bliebe, die Arbeitsstunden auf die Zeit von 12–4 Uhr gelegt würden, der Abend aber wieder freigelassen würde.

Die weitere Verathung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Petitionen.

Schluß 3¼ Uhr.

## Deutschland.

□ **Berlin, 8. März.** Es ist sonst eine Qual, sich mit Minnigerodeschen Reden zu beschäftigen, aber in einem Punkte, den dieser Herr in der heutigen dritten Etatslesung im Abgeordnetenhaus vorbrachte, kann man ganz mit ihm einverstanden sein. Der konservative „Führer“ will, wie es bisher alle verständigen Leute gewollt haben, die Bildung eines Reservefonds für die Eisenbahnverwaltung, damit die ewigen Schwankungen in der Etatsgestaltung einigermaßen ausbügeln. Dieselbe Forderung stellte gleich darauf der nationalliberale Abg. **Frank**, und für die Freisinnigen, in deren Namen sie erst kürzlich der Abg. **Brömel** erhoben hatte, steckte der Abg. **Ricker** den Pflock weiter, indem er den Zusammenhang der Finanzreform im Reiche und in Preußen betonte. Das Wunderbare nun an solchen Verhandlungen wie die heutige ist, daß die Herren Minister dabei sitzen und gar nichts sagen. Auch sie sind ja bekanntermaßen für die verlangte Reform, aber es geschieht nichts. Sogar auf direkte Anfragen schweigen die Minister sich aus. So wollte der Abg. **Ricker** gern wissen, ob es wirklich wahr sei, daß Verhandlungen schweben, um unter Aufhebung der Frankenstein'schen Klausel ein neues Finanzverhältnis zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten herzustellen. Herr **Miquel** hörte die Frage, sah den Redner mit seinen klugen Augen an, hielt die Arme verschränkt und — sagte nichts. In der Generaldebatte über den Etat bekamen die Agrarier vom nationalliberalen Abg. **Sombart** wieder einmal ein paar erfrischende Wahrheiten zu hören. Helsen wird es freilich nichts. — Im Reichstage holte sich Graf **Caprivi** heute eine kleine persönliche Niederlage. Sehr warm und mit seiner gewinnenden Weise unterstützte er den Marinechef, der sich die rund drei Millionen für den Ersatz schadhast gewordener Schiffe durchaus nicht streichen lassen wollte. Aber der Reichskanzler hatte sich umsonst bemüht. Kaltblütig war die Mehrheit der Meinung, daß die Budgetkommission im Rechte war, als sie diese Posten ablehnte, und so blieb es bei der Streichung. Graf **Caprivi** sah etwas verdrossen drein, aber schließlich, „es geht auch so.“

□ **Berlin, 8. März.** In der Militärkommission (s. den besonderen Bericht. — Red.) wird es amüsant. Nachdem in etwa dreißig Sitzungen noch garnichts zu Stande gekommen, wurden mehrere Herren heute von der Ungeduld erfaßt, und es schien ihnen, als könne es in dieser Weise nicht weitergehen. Daraufhin erging an den Reichskanzler die ermunternde Einladung, doch endlich einmal zu sagen, was er eigentlich wolle. Der Abg. **Buhl** meinte, der Reichskanzler brauche ja nicht allzu deutlich zu sein; eine gewisse Feinhörigkeit dürfe er den Kommissionsmitgliedern schon zutrauen. Große Spannung, als sich nunmehr Graf **Caprivi** erhob! Aber wie konnte man nur erwarten, daß er sich die Lage, die für ihn so vortreflich scheint, durch Offenheiten zu unrechter Zeit verderben werde? Der Reichskanzler hielt eine Rede, die ebenförmig ungehalten hätte bleiben können, denn die Kommission ist jetzt genau so klug, wie sie vorher war. Sehr verbindlich erklärte der Reichskanzler, die Herren mögen nur ruhig so fortfahren; es habe für ihn den größten Werth, auf diese Weise gründlich und genau den Standpunkt der Parteien zu erfahren. Soviel aber wolle er sagen, daß das Richter-Liebersche Anerbieten unannehmbar sei. Da Graf **Caprivi** dasselbe schon einmal erklärt hat, so hat er nichts Neues erklärt. Mit Recht wurde sofort gefragt, ob sich denn der Reichskanzler nicht auch über das Bennigensche Kompromiß-Erbieten auslassen wolle, welches bekanntlich etwa zwei Drittel der Regierungsforderung in sich schließt; aber hier blieb Graf **Caprivi** ganz merkwürdig schwerhörig, und er war zur Auskunft nicht zu bewegen. Es hat nichts Gezwungenes, daraus zu schließen, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Bennigenschen Vorschläge immer noch die meisten Ansichten hat. Die Zurückhaltung des Reichskanzlers wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß das Zentrum Herrn v. Bennigsen nicht die Genugthuung lassen will, einem etwaigen Kompromiß seinen Namen zu geben, und daß der Liebersche Mappen-Vorschlag noch immer nicht ausgereift ist. Das Hauptinteresse an den Kommissionsverhandlungen beruht nach wie vor auf der Frage einer etwaigen Verständigung des Reichskanzlers mit dem Zentrum, und von sekundärer Bedeutung erscheint hierneben die Differenz zwischen den Abg. Richter und Hünze. Selbst wenn der Abg. Hünze noch mehrere Freisinnige auf seinen vermittelnden Standpunkt hinüberziehen könnte, so würde das praktisch darum ziemlich bedeutungslos

bleiben, weil ein etwaiges weiteres Entgegenkommen dieser freisinnigen Sondergruppe schwerlich an den Inhalt etwa des Bennigenschen Vorschlages heranreichen würde. Wie hoch oder wie gering man den Richter-Hünzenschen Dissens als parteipolitisch Moment veranschlagen will, ist eine Sache für sich; aber eine wirksame Förderung seiner Militärvorlage wird dem Grafen **Caprivi** schwerlich aus diesem Dissens erwachsen. Wir glauben zu wissen, daß die für heute Abend anberaumte Fraktionsitzung der Freisinnigen diesen tatsächlichen Bedingungen der Streitfrage eine nüchterne Berücksichtigung nicht versagen wird, und daß daraufhin manche Widersprüche lösbarer sein werden, als es dem draußen stehenden Beobachter scheinen mag. (Vergl. im Uebrigen unser bezügliches Privattelegramm. — Red.)

— Die „Vol. Corr.“ meldet aus Konstantinopel, daß der Sultan dem Reichskanzler Grafen **Caprivi** den Stern zum Ordre des Medjidie verlieh.

— Die neueste Idee für die Umgestaltung des Schlossplatzes in Berlin wird mit den Wünschen einflußreicher Kreise in Verbindung gebracht. Wie die „Voss. Z.“ meldet, geht dieselbe dahin, den Schlossbrunnen auf die neu geplanten Anlagen an der Schlossfreiheit zu versetzen und dafür das Kaiser Wilhelm Denkmal in der Mitte des Schlossplatzes zu errichten. Obwohl vorläufig noch von diesem Gedanken nur unter der Hand die Rede ist, so ist bei seinem Ursprunge doch zu erwarten, daß auch die Öffentlichkeit damit beschäftigt werden soll.

— Der „Bund der Landwirthe“ scheint mit seiner Agitation nicht viel Glück zu haben. Am Montag referirte in der Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins **Marienwerder** B der Delegirte **Ehler** Neuhöfen über die konstituierende Versammlung des Bundes in Berlin. Ein vom Vorstand gestellter Antrag, aus Vereinsmitteln einen Beitrag von jährlich 15 M. für den Bund zu bewilligen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Bewilligung von 50 Mark jährlich und es den einzelnen überlassen, sich dem Bunde anzuschließen. Der in Aussicht genommene Jahresbeitrag von 5 Prozent der Grundsteuer schien jedoch als sehr hoch empfunden zu werden.

— Unter dem Titel „Das Herzogthum Anhalt und die Reichsgewalt“ schreibt der „Hamb. Corr.“ anscheinend offiziös:

„Wir haben bereits von einer Rede Kottz genommen, mit der kürzlich der anhaltische Landtag von dem Staatsminister **Dr. von Kottz** eröffnet worden ist. In der Rede findet sich eine Stelle, in der über die Verhältnisse des Reiches abfällig geurtheilt wird. Es heißt da nach dem vorliegenden offiziellen Wortlaut nicht nur, daß sich das finanzielle Verhältniß Anhalts zum Reiche unter der Wirkung der Handelsverträge und bei der andauernden Steigerung der Militärlast verschlechtert habe, sondern es wird auch auf den „Stand der Unsicherheit, sowohl in Bezug auf die Befürchtung des Abschlusses weiterer unserer Landwirthschaft nachtheiliger Handelsverträge als auf das Schicksal der schwebenden Militärvorlage“ verwiesen. Darin ist zum Mindesten eine Bemängelung der Handelsvertragspolitik enthalten, die um so auffälliger ist, als Anhalt im Bundesrathe ebenso wie der Militärvorlage auch den Handelsverträgen zugestimmt hat. Schwerlich sind schon einmal Maßregeln, die in der Zukunft das Reiches liegen, vom Ministerium eines Einzelstaates aus öffentlich kritisiert worden, und es ist daher begreiflich, daß man an den leitenden Stellen des Reiches gegen solche bedenkliche Erscheinungen nicht unempfindlich ist. Leider läßt sich die Erinnerung freisinniger Blätter, daß Minister von Kottz bis vor Kurzem der Rechten des preussischen Abgeordnetenhauses angehörte, nicht einfach zurückweisen. Gerade in der letzten Woche ist im preussischen Parlamentarismus, der sich der lokalen Ausführung von Reichsgesetzen zu entziehen suchte, am Dönhofsplatze Ungewöhnliches geschehen worden. Nur darf der Unterschied nicht übersehen werden, daß die preussischen Minister ihren Mann zu Gunsten der Einrichtungen des Reiches standen, während in Dessau ein Minister als Kritiker derselben auftritt. Diese Sache dürfte doch wohl mit den Protesten in der nationalen Presse nicht für abgehan zu erachten sein.“

— Wie das „D. V. G.“ aus München meldet, ist der Oberstleutnant und Bezirkskommandeur **Stöber** von Kisingen wegen der dortigen Turnvereinsangelegenheit nach Weiden versetzt.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. **Berlin, 8. März.** Aus der heutigen Sitzung der Militärkommission, in welcher die Erörterung der einzelnen Positionen des Nachtragsetats zur Durchführung der Vorlage fortgesetzt wurde, ist nur folgender Zwischenfall von allgemeinem Interesse. Bei den Forderungen für die technischen Waffen erklärte der Abg. **Hünze**, vom militärischen Standpunkte aus erachte er die Ausbildung derselben für wünschenswerth; er müsse aber (wie gestern Abg. **Dr. Lieber**) den dringenden Wunsch ausdrücken, daß die Regierung mit Bezug auf diese Forderungen und bezüglich der Verstärkungen des Etats der Infanterie-Bataillone diejenigen Stellen bezeichne, an denen sie Abstriche für zulässig erachte. Abg. **Dr. Buhl** bemerkte, er habe die Abstriche gehabt, dieselbe Frage bei einem späteren Titel aufzuwerfen. Darauf gab der Reichskanzler folgende Antwort: Er sei schon formal nicht in der Lage, weitere Erklärungen abzugeben, da darüber erst die verbündeten Regierungen Beschluß fassen könnten. Die Vertreter der Regierung müßten ganz selbstverständlich die von ihnen eingebrachte Vorlage so gut und so lange wie möglich verteidigen. Der Standpunkt, daß die bisherige Friedenspräsenzstärke nicht überschritten werden solle, sei unannehmbar. Die Regierungen könnten nicht darauf eingehen, daß die Sicherung der Zukunft Deutschlands an den Mindestbedürfnissen in Entreprise gegeben werde. An diese Erklärung **Caprivis** schloß sich eine Art Generaldebatte. Von der einen Seite wurde aus den Worten des Reichskanzlers der Schluß gezogen, daß alles weitere Verhandeln überflüssig sei; von der anderen Seite sah man darin nur die indirekte Aufforderung, im Namen einer Mehrheit der Kommission und des Reichstags Abänderungsvorschläge zu dem Regierungsentwurf zu machen. Zur allgemeinen Erheiterung der Kommission behauptete Abg. **Bebel**, die kompromißhüchtigen Parteien gingen umher wie „franke Säbner“. Morgen wird die Spezialberatung fortgesetzt.

L. C. **Berlin, 8. März.** Die Nachricht, daß der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Stadtrath **Dr. Eberly**, der bekanntlich aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub angetreten hat, seine beiden Mandate niederzulegen gewillt sei, findet keine Bestätigung. Den politischen Freunden des **Dr. Eberly** ist von der angeblichen Absicht desselben nichts bekannt; es liegt auch kein



Anlaß zu dem Rücktritt des Herrn Eberth aus dem politischen Leben vor.

## Telegraphische Nachrichten.

**Viegnitz, 8. März.** Amtliches Wahlergebnis der am 4. d. Mts. im Kreise Viegnitz-Goldberg-Haynau stattgehabten Reichstagsersatzwahl. Abgegeben wurden insgesamt 21 489 Stimmen. Davon entfielen auf Stadtrath Jungfer 12 936, auf Rechtsanwält Hertwig 8553 Stimmen.

**Strasbourg i. Elz., 7. März.** Bei dem Statthalter Fürsten Hohenlohe fand heute Abend zu Ehren des Landesauschusses ein Festmahl statt, an welchem die Spitzen der Behörden theilnahmen. Während des Mahles hielt der Statthalter eine Ansprache, in welcher er den Ausschuss zu der raschen Erledigung der Geschäfte beglückwünschte; allerdings seien nur verhältnismäßig geringe Vorlagen auf dem Gebiete der Gesetzgebung eingebracht worden; er bedauere das Scheitern der vorjährigen Vorlage betreffend die Organisationsgesetze, tröste sich jedoch mit dem Gedanken, daß der Sinn für die Selbstverwaltung auch in diesem Lande mehr und mehr Boden gewinnen werde; man müsse aber langsam vorgehen, sich vor der Hand mit der Reform der Gemeindegesetzgebung begnügen und für die nächste Session die Gemeindeordnung ausarbeiten lassen. Er habe großes Vertrauen auf den ruhigen und praktischen Sinn des Landesauschusses, der stets bereit sei, Hand in Hand mit der Regierung das Wohl des Landes zu fördern. Der Statthalter schloß mit einem Toast auf Elz-Bohringen, den Landesauschuss und dessen würdigen Präsidenten. Präsident Dr. Schlumberger sprach seinen Dank aus und toastete auf das Wohl des Statthalters, wobei er dem Wunsche Ausdruck gab, daß Fürst Hohenlohe noch lange an der Spitze der Regierung von Elz-Bohringen bleiben möge.

**Hamburg, 8. März.** Eingezogenen Erkundigungen an maßgebender Stelle zufolge kann die „Hamb. Börse“ mittheilen, daß die Vieheinfuhr aus Dänemark in Hamburg nicht verboten sei; das eingeführte Vieh dürfe jedoch nicht nach Preußen gebracht, sondern müsse in Hamburg geschlachtet werden.

**Amberg, 7. März.** Bei der Reichstagsersatzwahl im zweiten oberpfälzischen Wahlkreis sind hier bisher 967 Stimmen für Riß, Zentrum gezählt. 840 Stimmen sind zersplittert, davon entfielen 215 auf den sozialdemokratischen Kandidaten und drei auf Dr. Sigl-München.

**Wien, 8. März.** [Abgeordnetenhaus.] Bei der Beratung des Budgets des Handelsministeriums, erklärte der Präsident der Staatsbahnen Bilinski, eine weitere Dezentralisation der Staatsbahnen sei unmöglich. Bezüglich der Amtssprache bei den Staatsbahnen verweise er auf das Statut, welches die deutsche Sprache als solche feststelle. — Schwab brachte eine Resolution ein, in welcher die Regierung aufgefordert wird, zur Förderung des Ausbaues der Bahnlinie Reichenberg-Gablonz-Tannwald-Neuwelt und für das Zustandekommen eines Staatsvertrages mit Preußen behufs Anschlusses an die preussischen Linien Sorge zu tragen.

**Wien, 8. März.** Nach Meldungen aus Gablonz sind in den Ortschaften Dessenhof, Tiefenbach, Brichowitz, Polau, Wurzelstorf und Grunthal etwa 1000 Krystall- und Glas-Arbeiter wegen Lohn-differenzen in einen Ausstand eingetreten.

**Wien, 8. März.** [Abgeordnetenhaus.] Im Verlaufe der Weiterberatung über das Kultusbudget erklärte der Abgeordnete Latzky: „Wenn wir aus dem Dreihunde austräten und Italien sich selbst überließen, so würde die Kurie alsbald einen anderen Standpunkt gegenüber der Pöbele einnehmen, da die gegen dieselbe erhobenen Hindernisse nicht diplomatischer Natur sind. Der Kampf des Papstthums ist verständig, allein für den patriotischen Katholiken endet die Grenze der Sympathie mit diesen Forderungen dort, wo die Vaterlandsliebe beginnt. In Ungarn ist nur eine ungari-sche nationale Politik möglich.“ (Beifall).

**Kopenhagen, 8. März.** Von Dragør aus wird heute gemeldet, daß heute Nacht das Eis aus der Rjoge-Bugt fortgetrieben worden, das Fahrwasser somit nach Süden offen ist.

**Paris, 8. März.** Das Gerücht, daß Brisson sein Amt als Präsident der Enquetekommission niederlegen werde, wird für unbegründet erklärt.

**Paris, 8. März.** Der Zubrang des Publikums zu dem heute im Justizpalast begonnenen Panama-Verschungs-Prozess ist sehr groß. Unter den Anwesenden befinden sich Clemenceau, Freycinet, Andrieux und Floquet.

**Paris, 8. März.** [Panama-Verschungs-Prozess.] Der Präsident ordnete auf Ersuchen des Bertheidigers Sankleros an, daß demselben ein Auszug aus dem Notizbuche Artons, welches der Untersuchungsrichter in Verwahrung hat, mitgeteilt werde. Darauf begann das Verhör von Charles Lefevre. — Charles Lefevre deponierte, daß als er im Jahre 1885 bei der Regierung die Einbringung des Gesetzentwurfs über die Vooz-Obligations beantragt habe, Cornelius Herz zu ihm gekommen sei und für die Unterzeichnung seines Antrages bei der Regierung von ihm Geld verlangt habe. Herz habe ihn dann, um ihm seinen Einfluß zu beweisen, zu einem achtstägigen Besuch bei Grövy mit sich genommen. Er habe das Geld an Herz zahlen müssen, um sich diesen Kommanditär des Blattes Clemenceaus nicht zum Feinde zu machen. Der Präsident machte dem Angeklagten Lefevre bemerklich, daß er Herz Geld gegeben habe, das den Unterzeichnern der Anleihe gehört habe. Lefevre erklärte, er sei, um der Emission zu einem Erfolge zu verhelfen, genötigt gewesen, den Forderungen gewisser Banquiers und gewisser Journale Genüge zu thun, und fügte hinzu, die Regierung selber hätte zu solchen Dingen ermuntert. Der Präsident forderte hierauf Lefevre auf, die Regierung in Ruhe zu lassen. (Andauernde Unruhe). Der Präsident droht den Saal räumen zu lassen. Lefevre erzählte darauf, wie Blondin ihm zu verstehen gab, daß Balhaut einen Gesetzentwurf über die Vooz-Obligations einbringen würde, wenn er eine Million erhalte. (Er (Lefevre) habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der betreffende Gesetzentwurf ohne ein solches Opfer nicht eingebracht werden würde, und habe deshalb an Balhaut 375 000 Frs. gezahlt).

**Madrid, 8. März.** Die Erzherzogin Elisabeth, die Mutter der Königin-Regentin, ist gestern Abend mit dem Süd-Expreßzuge hier eingetroffen und von der Königin Maria Christine auf dem Bahnhofe begrüßt worden, wo auch der Ministerpräsident Sagasta zum Empfange anwesend war.

Das bis jetzt bekannte Ergebnis der am Sonntag stattgehabten Deputirtenwahlen stellt sich folgendermaßen: 280 Ministerielle, 73 Konservative, 26 Republikaner, 8 kubanische Autonomisten, 13 Possibilisten und 6 Karlisten.

**Madrid, 8. März.** Zu Delegirten Spaniens für die internationale Cholera-Konferenz in Dresden sind der Ministerresident Ramirez de Villaurrutia und Dr. San Martin ernannt worden.

**London, 8. März.** [Unterhaus.] Ein Antrag Macartneys, welcher forderte, daß kein fremdes Vieh den Landungsplatz lebend verlassen sollte, um so die Einschleppung der Lungenseuche zu verhindern, wurde mit 186 gegen 151 Stimmen verworfen. Im Verlaufe der Debatte erklärte sich der Präsident des Ackerbauamtes

gegen den Antrag. Das jetzige System, das je nach den Bedürfnissen des Landes modifiziert werden könne, habe segensreich gewirkt. Der Antrag Macartneys sei schutzbückerisch und enthalte ein Tadelvotum gegen die Regierung.

**London, 8. März.** In einer heute Nachmittag im Carlton-Klub abgehaltenen Versammlung der konservativen Partei erklärte Lord Salisbury, welcher den Vorsitz führte, daß die dem Parlament angehörnden Konservativen absolut nichts verabsäumen dürften, um die Ablehnung der irischen Home-Rule-Bill zu sichern, ohne sich um den Vorwurf der Obstruktion zu kümmern, den ihnen die Regierung etwa machen könnte. Balfour und andere hervorragende Konservative äußerten sich im nämlichen Sinne. Lord Randolph Churchill, welcher durch Zurufe aufgefordert wurde, sich ebenfalls zu äußern, erklärte, er werde jederzeit sein Möglichstes thun, um Balfour als Führer der Konservativen im Unterhause zu unterstützen. — Die Stimmung in der Versammlung war eine sehr gehobene und einmütige.

**London, 8. März.** Wie das „Reutersche Bureau“ aus Zanzibar von heute meldet, ist die Expedition General Portals am 11. v. M. an dem Nawaissa-See, der 155 Kilometer von dem Viktoria-Nyanza entfernt ist, angekommen.

**London, 8. März.** Dem „Standard“ wird aus Beirut gemeldet: Infolge der Konzeptionserteilung zum Bau der kleinasiatischen Eisenbahn an den Bankler Kaulla suchte der Botischer Cambron um die Erlaubnis zum Bau einer Bahn Beirut-Damascus-Aleppo nach, konnte aber auf eine seitens der Pforte an ihn ergangene Anfrage Personen, welchen die Konzeption zu erteilen wäre, nicht namhaft machen und bezieht sich dies vor. Zwei Personen, die er benannte, hielt die Pforte nicht für fähig, das Projekt auszuführen und nahm sie nicht an. Der Sultan ist der Ansicht, daß das Verlangen Cambrons darauf hindeute, daß Frankreich darnach strebe, den früheren Einfluß in Syrien wieder zu gewinnen. Der Korrespondent des „Standard“ fügt hinzu, daß, wenn Frankreich die Konzeption erhalten sollte, eine Bahn Aleppo-Bagdad zu bauen, es um die Erlaubnis nachsuchen würde, sie bis Basra zu verlängern, wodurch es einen Landweg nach Britisch-Indien erhalten würde.

**Konstantinopel, 8. März.** Die „Agence de Constantinople“ erfährt von kompetenter Seite, daß die Meldung, nach welcher der Sultan dem Prinzen Ferdinand von Koburg anlässlich seiner Verlobung eine Glückwunschdepesche gesandt habe, jeder Begründung entbehrt.

**Konstantinopel, 8. März.** Die Desinfektion auf der Bahnstation Mustapha-Pascha ist aufgehoben worden; der Eintritt in die Türkei ist damit nunmehr ein ganz unbehinderter.

**Buarest, 8. März.** Die „Agence Roumaine“ erklärt die Meldung einiger Blätter von angeblich zwischen der Regierung und einem Theil ihres parlamentarischen Anhangs ausgebrochenen Zwistigkeiten für unbegründet und weist auf die vorgelegten in der Kammer stattgehabte Abstimmung über das Gesetz betreffend den Klerus hin, welches mit einer Zweidrittel-Majorität angenommen worden ist.

**Belgrad, 8. März.** Im Rajarac Kreise wurden außer dem Dr. Ilic noch andere Radikale wegen Hochverrathes verhaftet. In Cacac ist die Untersuchung gegen die Aufwieglers von Groacic eingeleitet.

**Belgrad, 8. März.** Der liberale Ortsvorstand Ksentievic aus Grabovaz, bekannt als Gegner des Führers der Radikalen, Ratic, ist vorgestern meuchlings ermordet worden. Die Untersuchung ist im Gange.

**Belgrad, 8. März.** Sechs Radikale sind als der Ermordung des Ortsvorstehers Ksentievic von Grabovaz verdächtig verhaftet worden. Die Verhaftung Ratic's, der der Urheberschaft dieses Mordes beschuldigt wird, ist noch nicht erfolgt. Die liberalen und fortschrittlichen Blätter tabeln sehr heftig die Aufwiegelungsversuche der Radikalen. Die radikalen Blätter machen die Regierung für dieselben verantwortlich.

**Sofia, 7. März.** Die Wahlen zur großen Sobranje, welche über die Verfassungsänderung Beschluß fassen soll, sind auf den 30. April n. St. festgesetzt.

**Berlin, 9. März.** [Privattelegramm der „Pos. Ztg.“] In der gestrigen Fraktions-sitzung der freisinnigen Partei über die Militärvorlage waren 52 Mitglieder anwesend. Der Vorsitzende konstatierte am Schluß der Verhandlungen, daß nach dem Gesamteindruck der gepflogenen Verhandlungen die Fraktion unzweifelhaft auf demselben Standpunkt wie vor der ersten Berathung der Vorlage stehe. Zwischen den Mitgliedern der Kommission wurden Erklärungen gewechselt, die einen übereinstimmenden Gang der Kommissions-verhandlungen sichern.

**Newyork, 8. März.** Heute Nachts 12 1/2 Uhr wurde eine leichte Erdrerschütterung zwischen der Neunten und Fünzigsten Straße in der Richtung von Südost nach Nordwest verspürt. Die Erschütterung war heftiger auf Long Island, wo mehrere Einwohner nothdürftig bekleidet ihre Wohnungen verließen.

## Handel und Verkehr.

**\*\* Danzig, 8. März.** Die Einnahmen der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn betrugen im Monat Februar 1893 nach provisorischer Feststellung 113 500 M. gegen 104 000 M. nach provisorischer Feststellung im Februar 1892, mithin mehr 9500 M.

**\*\* Wien, 8. März.** Ausweis der Südbahn in der Woche vom 24. Februar bis 2. März 814 583 Fr., Mehreinnahme 102 868 Fr.

**\*\* Petersburg, 7. März.** (Ausweis der Reichsbank vom 6. März n. St.)

Rassen-V Bestand	Rbl.	Mbn.	245 000 Rbl.
Diskontirte Wechsel	16 238 000	Mbn.	320 000
Vorschuss auf Waaren	28 000	Mbn.	15 000
Vorsch. auf öffentl. Fonds	5 087 000	Mbn.	85 000
do. auf Aktien und Obligationen	10 578 000	Mbn.	20 000
Kontokorrent des Finanzministeriums	48 525 000	Mbn.	8 196 000
Sonst. Kontokorrenten	102 572 000	Mbn.	5 856 000
Verzinsliche Depots	21 624 000	Mbn.	73 000

\*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 27. Febr.

## Marktberichte.

**Bromberg, 8. März.** (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 140—146 M., feinsten über Notiz. — Roggen 110—117 M., feinsten über Notiz. — Gerste nach Qualität 120—128 M. — Trau- 129—138 M. — Erbsen, Futter- 120—130 M. — Koch-erbsen nom. 140—150 M. — Hafer 125—135 M. — Spiritus 70er 32,00 Mark.

**Breslau, 8. März.** (Amtlicher Produktenbörse-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo. — Gefündigt — Str., abgelassene Ründlungscheine —, p. März 130,00 Br., April-Mai 132,00 Br. Mai-Juni 133,00 Br., Juni-Juli 136,00 Br. Hafer (p. 1000 Kilo) p. März 132,00 Gd. Rübsöl (p. 100 Kilo) p. März 53,00 Br. April-Mai 53,00 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Prozent) ohne Faß: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe, gefündigt —, p. März 50er 51,3 Gd. März 70er 31,7 Gd. April-Mai 32,40 Gd. Zink. Ohne Umfag.

**\*\* Leipzig, 8. März.** [Börsenbericht.] Ranzung-Termin-Handel. La Plata. Grundmuster B. p. März 3,77 1/2 M., p. April 3,75 M., p. Mai 3,75 M., p. Juni 3,82 1/2 M., p. Juli 3,85 M., p. August 3,87 1/2 M., per Sept. 3,87 1/2 M., per Oktober 3,87 1/2 M., per November 3,95 M., per Dezember 3,95 M., p. Jan. — M., p. Februar — M. Umfag 30 000 Kilogr.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temper. i. d. Gell. Grad.
8. März. 2	744,9	WS Sturm	bedeckt	+ 5,5
8. März. 9	749,8	WS Sturm	halb heiter	+ 2,4
9. März. 7	757,8	WS mäßig	stetig heiter	- 3,3

\*) Vormittags Regen.  
Am 8. März Wärme-Maximum + 6,4° Cels.  
Am 8. = Wärme-Minimum + 2,0° =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. März Morgens 3,64 Meter  
= 8. = Mittags 3,64 =  
= 9. = Morgens 3,64 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

**Breslau, 8. März.** (Schlußkurse.) Behauptet.  
Neue Proz. Reichsanleihe 87,75, 3 1/2 Proz. L.-Pfandbr. 98,85, Konso. Türken 22,00, Türk. Loose 93,80, 4 Proz. ung. Goldrente 97,60, Bresl. Diskontobank 100,75, Breslauer Wechselbank 97,75, Kreditaktien 184,15, Schles. Bankverein 117,20, Donnermarkt 94,75, Glöbner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 126,50, Oberk. Eisenbahn 56,00, Oberk. Portland-Zement 76,00, Schles. Cement 127,50, Oppeln. Zement 93,65, Schl. D. Zement —, Kremsta 135,00, Schles. Zinkaktien 183,00, Laurahütte 110,50, Verein. Eisfabr. 91,00, Oesterreich. Banknoten 168,65, Russ. Banknoten 215,30, Gieseler Cement 83,00, 4 Proz. Ungarische Kronenanleihe 94,50.

**Frankfurt a. M., 8. März.** (Schlußkurse.) Ratt.  
Sond. Wechsel 20,427, 3 Proz. Reichsanleihe 87,20, österr. Silberrente 83,00, 4 1/2 Proz. Papierrente 83,00, do. 4 Proz. Goldrente 98,90, 1860er Loose 128,30, 4 Proz. ung. Goldrente 97,30, Italiener 92,90, 1880er Russen —, 3. Orientanl. 69,90, unifiz. Egypter 100,80, türk. 22,10, 4 Proz. türk. Anl. —, 3 Proz. port. Anl. 21,70, 5 Proz. serb. Rente 78,70, 5 Proz. amort. Rumänier 98,40, 6 Proz. Konso. Mexik. 80,50, Böhm. Westbahn 319,25, Böhm. Nordb. —, Franzosen —, Galizier —, Gotthardbahn 157,80, Lombarden 92 1/2, Südb.-Bahn 138,50, Nordwestbahn —, Kreditaktien 285 1/2, Darmstädter 141,90, Mitteld. Kredit 100,00, Reichsb. 150,20, Disk. Kommandit 190,80, Dresdner Bank 154,00, Karlsruh. Wechsel 81,15, Wiener Wechsel 168,55, serbische Tabakrente 79,00, Bochum. Gußstahl 136,70, Dortmunder Union 66,90, Harpener Bergwerk 143,10, Spherra 118,00, 4 Proz. Spanier 64,30, Matzger 112,80, Berliner Handels-Gesellschaft 148,00, Kronenrente 94,20.

\*) per comptant.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 285 1/2, Disk. Kommandit 190,30, Laurahütte —.

**Wien, 8. März.** (Schlußkurse.) Platzrealisationen und andauernde Stille brüchen mäßig. Schluß geschäftlos.  
Österr. 4 1/2 Proz. Papier. 98,90, do. 5 Proz. —, do. Silber. 98,60, do. Goldrente 117,45, 4 Proz. ung. Goldrente 115,85, 5 Proz. do. Papier. —, Lombardbank 245,50, österr. Kreditakt. 340,75, ungar. Kreditaktien 402,50, Wien. W.-B. 125,60, Gießhahnbahn 243,00, Galizier 219,75, Bemberg-Gernowits 260,00, Lombarden 107,75, Nordwestbahn 221,25, Tabakakt. 182,00, Napoleons 9,63, Marknoten 59,25, Russ. Banknoten 1,27 1/2, Silbercoupons 100,00, Bulg. Anleihe 113,00.

Österr. Kronenrente 96,90, Ungar. Kronenrente 95,25.

**London, 8. März.** (Schlußkurse.) Ruhig.  
Engl. 2 1/2 Proz. Konso. 98 1/2, Preuß. 4 Proz. Konso. 106,00, Italien. 5 Proz. Rente 91 1/2, Lombarden 9 1/2, 4 Proz. 1889 Russen II. Serie 99 1/2, türk. 22 1/2, österr. Silber. 81, österr. Goldrente 99, 4 Proz. ung. Goldrente 96 1/2, 4 Prozent. Spanier 64 1/2, 3 1/2 Proz. Egypter 95 1/2, 4 Proz. unifiz. Egypter 99 1/2, 4 Proz. gar. Egypter —, 4 1/2 Proz. Tribut-Anl. 99 1/2, 6 Proz. Mexikaner 81 1/2, Ottomanbank 13 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 87 1/2, De Beers neue 18 1/2, Plakdiskont 1 1/2, Silber 38 1/2.

**Paris, 8. März.** (Schlußkurse.) Ratt.  
3 Prozentige amort. Rente 98,20, 3 Proz. Rente 98,07 1/2, 4 Proz. Anl. —, Italien. 5 Proz. Rente 92,45, österr. Goldr. —, 4 Proz. ungar. Goldr. 96 1/2, 3. Orient-Anl. 70,60, 4 Proz. Russen 1889 98,70, 4 Proz. Egypter —, türk. 22,27 1/2, Türkenl. 91,10, Lombarden 243,75, do. Priorit. —, Banque Ottomane 584,00, Panama 5 Proz. Obligat. —, Rio Tinto 390,60, Tab. Ottom. 381,00, Neue 3 Proz. Rente —, 3 Proz. Portugiesen 21 1/2, 3 Proz. Russen 79,05, Privatdiskont 1 1/2.

**Petersburg, 8. März.** Wechsel auf London 94,60, Russ. II. Orientanl. 102 1/2, do. III. Orientanl. 104 1/2, do. Bank für ausw. Handel 284, Petersburger, Diskontobank 471, Warshauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 440, Russ. 4 1/2 Proz. Bodencreditpandbriefe 151 1/2, Gr. Russ. Eisenbahn 245 1/2, Russ. Südwestbahn-Aktien 116.

### Produkten-Kurse.

**Böln, 8. März.** (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16,50, do. fremder loco 17,75, per März 16,30, per Mai 16,60. Roggen hiesiger loco 14,25, fremder loco 16,75, per März 14,05, per Mai 14,25. Hafer hiesiger loco 14,75, fremder —, Rübsöl loco 56,00, per Mai 53,70, per Okt. 53,70. Wetter: Schön.

**Bremen, 8. März.** (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Faß 30frei. Ruhig. Voto 5,25 Br.  
Baumwolle. Fein. Uplandmiddl. loco 48 1/2 Pf., Upland Middl. nichts unter low middl. auf Terminlieferung p. März 48 Pf., p. April 48 1/2 Pf., p. Mai 48 1/2 Pf., p. Juni 48 1/2 Pf., p. Juli 49 Pf., per August 49 1/2 Pf.  
Schmalz. Ruhig. Schafer — Pf., Wilcox 60 Pf., Choice Groceries 60 Pf., Armour 60 Pf., Rohe u. Brothier (pure) — Pf., Fairbanks 53 1/2 Pf., Cubahy 60. Alles Br.  
Wolle. Umfag 187 Ballen.



